



Rat für Nachhaltige Entwicklung / Geschäftsstelle

Bericht

Evaluierung der Nachhaltigkeitspolitik in Deutschland

Ergebnis der deutschen Konferenz im Rahmen des Projektes *BRICS+G Sustainability and Growth* am 9. Juni 2005 in Berlin

„Peer Review“ - Konferenz im Kreis

Die Teilnehmer der Konferenz sitzen in mehreren kreisförmig angeordneten Sitzreihen rings um den Moderator und die Referenten herum. Jeder erhält die Möglichkeit, mittels einer farbigen Karte eine sofortige Intervention anzumelden. Die schriftlichen Beiträge der Referenten liegen allen Teilnehmern vor. Zu den vier Konferenz-Abschnitten nehmen die jeweiligen Referenten in der Mitte des Kreises Platz und tragen ihre wesentlichen Punkte in kurzen Statements vor, die dann von allen Teilnehmern diskutiert werden. Die Fragestellungen zur Strukturierung der Evaluierung sind durch die Veranstalter vorgegeben. Im Mittelpunkt der Evaluierung stehen der Stellenwert und die Organisation der Nachhaltigkeitspolitik. Die Erörterung spezieller anderer Aktionsfelder der Nachhaltigkeit etwa zur kulturellen Dimension, zur Medienpolitik oder zu speziellen Sachthemen aus Mobilität, Landwirtschaft, Wald, Landnutzung oder zu den Auswirkungen des demografischen Wandels in Deutschland, wird in anderen Zusammenhängen thematisiert.

Im Namen der Veranstalter begrüßen Günter Dresrüsse, *Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit*, GTZ, und Günther Bachmann, Geschäftsführer des *Rates für Nachhaltige Entwicklung*, RNE, die Teilnehmer und eröffnen die Konferenz. Die Moderation übernimmt R. Andreas Kraemer, Director *Ecologic gGmbH*. Die Berichterstattung übernimmt die Geschäftsstelle des Rates für Nachhaltige Entwicklung.

I - Stellenwert, Themen und Organisation der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie (Berthold Goeke, Angelika Zahrnt, schriftlicher Beitrag von Astrid Klug)

- **Schöpft die nationale Nachhaltigkeitsstrategie ihren möglichen Handlungsrahmen aus? Welchen Einfluss hat die Nachhaltigkeitsstrategie auf das Wirtschaftswachstum und Ressourcenproduktivität?**
- **Wie integriert sie die verschiedenen Politikfelder (Ziel und Zielkonflikte, Monitoring, Pilotprojekte)?**

- **Erschließen die Organisation und der Prozess der Nachhaltigkeitspolitik neue Handlungsoptionen? Welche Rolle kommt der Kommunikation und Konsultationsprozessen zu?**

Berthold Goeke bewertet die unter Leitung des *Bundeskanzleramtes* im April 2002 vorgelegte nationale Nachhaltigkeitsstrategie als Werkstatt für eine Politik der Generationengerechtigkeit. Es ist eine Nachhaltigkeitsstrategie der *Bundesregierung*, die mit vielen Stakeholdern beraten ist. Im föderalen Staatsaufbau Deutschlands knüpft sie an Maßnahmen der Länder und der Kommunen respektive an, regt diese an, ersetzt sie aber nicht. 2004 folgte ein erster Review; die Bundesregierung beabsichtigt eine weitere regelmäßige Berichterstattung zur Nachhaltigkeitsstrategie. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie bietet vielfältige Anknüpfungspunkte für Akteure in Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Im Zentrum stehen neue Perspektiven auf Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, den sozialen Zusammenhalt und die globale Verantwortung. Die Nachhaltigkeitsstrategie ist auf konkrete Probleme bezogen und zeigt zu jedem angesprochenen Problem Lösungen auf. Berthold Goeke verweist auf wichtige Initiativen der Bundesregierung, die durch die Nachhaltigkeitsstrategie angestoßen worden sind. Durch langfristige Ziele ermögliche der Staat neue Markteffekte. Konkret nennt er die Innovationen zu neuen Kraftstoffen in der Mobilitätspolitik, die Energieversorgung und neue Initiativen zur Zukunftsvorsorge für junge und ältere Menschen. Aktuell wird an dem Thema Nachhaltigkeit und Wachstum sowie an Fragen zur Siedlungsentwicklung, Ernährung und zur Familienpolitik im demografischen Wandel gearbeitet. Neu sind die langfristige Perspektive, der integrative politische Ansatz und die Generationengerechtigkeit.

Die Regierungsarbeit zur Nachhaltigkeitsstrategie wird im Bundeskanzleramt koordiniert und vorangetrieben. Damit wird die Bedeutung des Themas hervorgehoben und zur Chefsache gemacht. So wird sichergestellt, dass Ziele und Maßnahmen mit ökologischer, ökonomischer und sozialer Bedeutung ressortübergreifend bearbeitet werden. In der Nachhaltigkeitsstrategie geht es um ‚Umwelt und Entwicklung‘, das ist mehr als reiner Umweltschutz. Eine Generationengerechtigkeit kann nur über Kontinuität der Arbeit erreicht werden. Hierfür sind die Konsultationen mit gesellschaftlichen Gruppen und ein regelmäßiges Monitoring der Nachhaltigkeitspolitik wichtig, das auch Anlass zu parlamentarischen Debatten gibt.

Die Einrichtung des Rates für Nachhaltige Entwicklung als ein stakeholder-Gremium war eine richtige Entscheidung. Teil des notwendigen Konsultations- und Partizipationsprozesses sind u.a. die Jahrestagungen des Rates die den gesellschaftlichen Gruppen ein Forum für Austausch und Diskussion der Positionen bieten und die bereits zu einem „Pflichttermin“ für den Bundeskanzler geworden sind.

MdB Astrid Klug, Vorsitzende des *Parlamentarischen Beirats Nachhaltige Entwicklung* des *Deutschen Bundestages* führt im schriftlichen Statement aus, dass das *Parlament* seine bisher bereits aktive Rolle in der Debatte um Nachhaltigkeit verstärkt hat. Der Parlamentarische Beirat begleitet die Weiterentwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und deren inhaltliche und prozessuale Umsetzung und setzt eigene Schwerpunkte. Der Beirat hat in einer ausführlichen Stellungnahme festgehalten, dass zwar die aktuellen Reformdiskussionen sowohl in der Bundesregierung als auch in der Opposition die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft zum Ziel haben, sie jedoch kommunikativ und strategisch zu wenig unter dem Dach der „nachhaltigen Entwicklung“ stattfinden. Damit werden Chancen verschenkt.

Insbesondere muss es darum gehen, auch die parlamentarische Befassung mit den Anforderungen der Nachhaltigkeit in geeignete Verfahren und Prozesse einzubringen.

Angelika Zahrt betont, dass die Größe und Dringlichkeit von aktuellen nationalen und globalen Problemen eine neue Politik erfordern. Sie nennt insbesondere Energie und Klima, Mobilität, Raubbau an natürlichen Ressourcen, Umweltschadstoffe, demografischer Wandel und Infrastruktur. Die Nachhaltigkeitsstrategie spielt hier eine wichtige Rolle. Der Umweltschutz war und ist ein wichtiger politischer Treiber für die Nachhaltigkeitspolitik. Ökologie ist ein Motor für Innovation und Arbeitsplätze. Die Umweltverbände hatten zunächst befürchtet, dass die Nachhaltigkeitsstrategie nichts Neues bieten würde und die Gefahr besteht, dass sie den ökologischen Impetus abschwäche. Diese Sicht hat sich inzwischen geändert. Trotzdem gibt es neben der positiven Einschätzung auch ernste Kritik und Vorbehalte aus Sicht der Umweltverbände, die in einer Stellungnahme dargelegt sind.

Positiv ist die Einrichtung eines *Green Cabinet* der Bundesregierung, das die Nachhaltigkeit zur „Chefsache“ macht. Das umgeht den unproduktiven Ressortstreit. Die Nachhaltigkeitsstrategie konkretisiert die Verpflichtung Deutschlands zur globalen Verantwortung mit klar definierten Zielen und überprüfbaren Indikatoren und setzt neue Themen auf die Tagesordnung wie zum Beispiel Stadtentwicklung. Positiv ist auch der Prozess-Charakter. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung steuert hierzu neue Wege zu einem Monitoring als sozialer Prozess bei (2004 *Momentaufnahme Nachhaltigkeit und Gesellschaft*; für 2006 geplant: *Generationenbilanz Nachhaltigkeit*).

Zu kritisieren ist vor allem, dass der eigentlich vorhandene Handlungsrahmen nicht ausgeschöpft wird. Zum Beispiel ist das große Handlungspotential des öffentlichen Beschaffungswesens zur Ressourcenproduktivität und Energieeffizienz nicht als Aktionsfeld erkannt worden. Zu kritisieren ist auch, dass „Wachstum“ nach wie vor als bloße Mengengröße des Bruttoinlandsproduktes gedacht wird. So bleibt es ohne ökologische und soziale Richtungssicherheit. Die Ziele der Bundesregierung zur Ressourcenproduktivität sind zu wenig ambitioniert. Bei allen Überlegungen zum „Wirtschaftsstandort Deutschland“ darf man den Gedanken an den „Lebensstandort Deutschland“ nicht vergessen, um die Lebensqualität für alle zu sichern und zu erhöhen.

Diskussion

Die Diskussionsbeiträge stellen übereinstimmend fest, dass die nationale Nachhaltigkeitsstrategie ihren Handlungsrahmen auf nationaler Ebene noch nicht ausschöpft. Kontrovers bleiben die Vorstellungen, wie weit dieser Handlungsrahmen zu stecken ist. Angemerkt wird auch, dass die europäische Dimension noch zu wenig gesehen wird.

Die Struktur und Implementation der Nachhaltigkeitspolitik auf Bundesebene wird im Grundsatz für richtig befunden: Führungsrolle des Bundeskanzleramtes, Prozeß-Charakter mit Berichtspflichten, Themen-Mosaik mit Innovation durch problemorientierte Lösungen ist erfolgreicher als ein nur formaler Drei-Säulen-Ansatz. Allerdings werden mit diesem Ansatz auch Fehlstellen schneller sichtbar wie zum Beispiel die fehlende Verknüpfung der sozialpolitischen Reformagenda mit der Nachhaltigkeit (Hofmeister, Statz).

Im Konsens wird die wichtige Rolle des Rates für Nachhaltige Entwicklung bei der Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie beschrieben. Seine 19 Mitglieder repräsentieren Öffentlichkeit und zivilgesellschaftliche Kompetenz. Sie kommen aus Wirtschaft, Umweltverbänden, Verbraucherorganisationen und entwicklungspolitischen Gruppen, den Kommunen, Medien, Kirchen, Gewerkschaften und der Wissenschaft. Der Rat funktioniert als Antreiber, Mahner und Ideengeber. Unabhängigkeit und Arbeitsfähigkeit des Rates ist wesentlich für die Politik. Er unterstützt die Entwicklung qualitativer und quantitativer Ziele und von Indikatoren. Er hat so schwierige Themen wie die Lebensstil-Frage, Bildung und Forschung, die Zukunft der Stadtqualität und der räumlichen Infrastruktur, die Energieeffizienz, -forschung, saubere CO₂-freie Kohlenutzung in die Agenda eingebracht. Der Rat hat die Bundesregierung mit dem Vorschlag überzeugt, eine *Bundesaktion „Bürger initiieren Nachhaltigkeit“* BIN einzuführen.

Die nationalen Nachhaltigkeitsstrategien der Mitgliedsstaaten der *Europäischen Union* sind noch nicht hinreichend mit der Strategie der *Europäischen Kommission* (Review im Herbst 2005) verknüpft (Kromminga).

Kritisch wird angeführt, dass es noch nicht überzeugend gelungen sei, die Nachhaltigkeitspolitik von dem Vorurteil zu befreien, sie bestehe ausschließlich aus Umwelt-Themen. Die Bezeichnung „Green“ Cabinet unterstreicht das (Schipulle). Bezweifelt wird auch aus Sicht der Gewerkschaften, ob es eine „Werkstatt Generationengerechtigkeit“ braucht; vorrangige Beachtung muss dem Abbau der hohen Arbeitslosigkeit und dem Erhalt sozialstaatlicher Rechte zukommen (Bartels).

Die vorhandenen und funktionierenden Netzwerke der Zivilgesellschaft (Lokale Agenda 21) und die Netzwerke der Unternehmen könnten noch besser an der Erarbeitung und Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie beteiligt werden und für gemeinsame Ziele genutzt werden (Stappen, Hoffmann, Lanz, Westmeier). Dabei sollte es den Akteuren auch darum gehen, die gesellschaftliche Tabuisierung einer Diskussion der innerdeutschen Finanztransfer von West nach Ost, der Grenzen für die Entwicklungsfinanzierung oder auch des verfassungsrechtlichen Anspruches auf die Gleichwertigkeit von Arbeits- und Lebensbedingungen in allen Landesteilen Deutschlands zu überwinden (Hoffmann).

Die Auffassung, dass die Nachhaltigkeitsstrategie noch zu geringen Einfluss auf das Wirtschaftswachstum und Ressourcenproduktivität hat, wird von vielen geteilt. Hingewiesen wird auf den Umstand, dass es für Deutschland darauf ankommt, die Importabhängigkeit von Öl und Gas zu verringern, Innovationen anzustoßen und der Klima-Bedrohung entgegen zu wirken. Alle drei Anliegen führen zu parallelen win-win-Maßnahmen. Daher sei der Einfluss der Nachhaltigkeitsstrategie auf die Wirtschaftsentwicklung noch zu gering (Jänicke, Westmeier, Statz).

Zustimmung besteht im Hinblick auf die Funktion der Nachhaltigkeitsstrategie zur stärkeren Integration verschiedener Politikfelder durch Ziel, Indikatoren, Schwerpunktthemen, Monitoring und Pilotprojekte. Kritisch angemerkt wird hierzu, dass Zielkonflikte noch zu wenig transparent gemacht werden (Becker, Zahrnt, andere). Die Pilotprojekte in der Nachhaltigkeitsstrategie sind ein interessantes Element, um zu demonstrieren, wie „Nachhaltigkeit“ im konkreten Regierungshandeln heute schon geht. Dieses Element muss

ausgebaut werden, um seine Funktion auch tatsächlich zu erfüllen; dafür muss allerdings mehr administrativer Aufwand getroffen werden als von der Bundesregierung zunächst angenommen (Goeke). Die Demonstrationsvorhaben des Bundes sollten auch die Länder und Kommunen zur Demonstration eigener Aktivitäten anreizen (Statz).

Die Nachhaltigkeitsstrategie findet eine positive Rückkopplung in der Wirtschaft; die Themen haben Resonanz. Wirtschaftsunternehmen nutzen die Nachhaltigkeitsstrategie als Referenz für eigene Aktivitäten und ihre betriebsbezogene Nachhaltigkeitsberichterstattung (reporting) (Tabat).

Kritisch wird eingeworfen, dass der Begriff „Nachhaltigkeit“ keinen sich selbst erklärenden Inhalt hat, sondern mit Inhalten gefüllt wird, die aus der Umwelt-, Entwicklungs-, Wirtschafts- und Sozial-, Forschungs- und Infrastrukturpolitik kommen. Das unterstreicht die Nachhaltigkeit als Dimension für Politikfelder und die Aufgaben der Vernetzung, Integration und des Diskurses. Es macht auch deutlich, dass Nachhaltigkeit keine eigenständiges Politikfeld ist, das losgelöst von den genannten stehen kann (Jänicke).

Der Kommunikation im Allgemeinen und den Konsultationsprozessen im Besonderen wird eine hohe Bedeutung zugerechnet. Sie können zum „Ownership“ beitragen und ein positives und kreatives Umfeld schaffen oder fördern. Kritisch wird eingeräumt, dass dieses Ziel heute nicht erreicht wird. Die Rolle der Medien und der Medienwirtschaft wird noch zu wenig thematisiert; dies hat bisher nur der Rat für Nachhaltige Entwicklung getan und er sollte dies fortsetzen (Jänicke). Die guten Praxisbeispiele der Kommunikationsprojekte des Rates unterstreichen, dass eine aktive und innovative Kommunikation möglich ist. Aber sie sind nur kleine Einzelbeiträge, die die prinzipielle Machbarkeit zeigen. Mehrere Teilnehmer unterstreichen, dass es an einer übergreifenden Kommunikationsstrategie fehlt, die von den Akteuren der Nachhaltigkeit gegebenenfalls gemeinsam getragen wird.

II - Nachhaltigkeitspolitik in Wirtschaft und Gesellschaft (Maximilian Gege, Stefan Becker, Martin Jänicke, Meinhard Schulz-Baldes)

- **Bietet die nationale Nachhaltigkeitsstrategie Anknüpfungspunkte und Anreize für privatwirtschaftliche Akteure?**
- **Welche Rolle spielt die Unternehmensverantwortung im Rahmen der Nachhaltigkeitspolitik?**

Nach Ansicht von Maximilian Gege sind die Potentiale nicht ausgeschöpft, Nachhaltigkeit im Unternehmen zu implementieren. Die Wachstumsdynamik sollte stärker an Nachhaltigkeit ausgerichtet werden, zum Beispiel durch soziale Arbeitszeitstrukturen, neue Technologien, Ressourcenproduktivität und nachhaltigen Konsum. Es ist noch nicht, muss aber in Zukunft gelingen, eine Wachstumsdynamik zu initiieren, die sich an den Zielen der Nachhaltigen Entwicklung orientiert. Für die Unternehmen gehört dazu auch, dass sie die berechtigten Fragen nach der Wirkung und Folgen unternehmerischer Tätigkeit auf die Gesellschaft besser als bisher beantworten. Die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen sollte forciert werden. Die verschiedenen Ansätze und Initiativen zu CSR, wie *Global Compact*, die OECD

Guidelines etc. sollten vereinheitlicht werden. Ebenso stellt sich die Frage nach der Kontrollierbarkeit der Einhaltung von Leitlinien und Standards im globalen Kontext.

Gege sieht die Rolle des Finanzmarktes und der Analysten hoch problematisch. Die Forderung nach immer höheren Umsatzrenditen fördert seiner Ansicht nach die Abwanderung der Unternehmen in Billiglohnländer. Das beeinträchtigt die Handlungsfähigkeit des Staates.

Aus dem Plenum wird darauf hingewiesen, dass es positive Entwicklungen am Finanzmarkt gibt. Unternehmensberichterstattungen und Ratings sind weit gediehen. Das Rating der finanziellen Leistungsfähigkeit wird zunehmend mit Kriterien zur Nachhaltigkeit kombiniert (Brede).

Stefan Becker verweist auf viele Praxisbeispiele in der Wirtschaft, die zeigen, dass die Idee Nachhaltigkeit angekommen ist und in Innovation, Produktpolitik und Unternehmensverantwortung umgesetzt wird. Das zeige auch das Engagement der Unternehmen in *econsense*, dem *Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft*. Er wünscht sich einen stärkeren gesellschaftlichen Konsens zur Nachhaltigkeit, da sonst dem Unternehmen Probleme erwachsen, bezogen auf Shareholder und die Nachfrage von Produkten. Er verweist auf Zielkonflikte in der Nachhaltigkeitsstrategie, die den Konsens erschweren. Er sieht es als ungeklärt an, wie Wachstum mit Energieeffizienz und Ressourcenschonung einhergehen sollen. Die Verantwortung von Unternehmen für den gesellschaftlichen Lernprozess zur nachhaltigen Entwicklung sieht er vor allem hinsichtlich der Umweltstandards, in der Ausbildung und im Dialog mit den Stakeholdern. Die Vielfalt unternehmerischer Lösungen zur Nachhaltigkeit wird für Stefan Becker durch Berichterstattungen etwa entsprechend der Standards der *Global Reporting Initiative* deutlich. Diese Standards bilden eine gute Basis für Transparenz und Praxisnähe, müssten aber auch weiterentwickelt werden. Er spricht sich gegen eine Standardisierung von CSR aus.

- **Am Beispiel Energie: Welche Bedeutung hat die nationale Nachhaltigkeitsstrategie für energiewirtschaftliche Zukunftsentscheidungen (erneuerbare Energien, Effizienz, Kraftwerkspark, Kraftstoffe und technische Entwicklung)?**

Stefan Becker hält die Ziele der Bundesregierung zum Marktanteil der erneuerbaren Energien für erreichbar, aber nicht für effizient. Betriebliche Steigerungen der Energieeffizienz würden faktisch nicht mehr zur absoluten CO₂-Reduktion beitragen, weil sie für die Unternehmen Kontingente im kürzlich eingeführten Emissionshandel frei machen, die von anderen Unternehmen in Anspruch genommen werden können. Kritisch spricht er die staatliche Förderung der Markteinführung innovativer Energie-Lösungen an. Unbestimmt sei, wie lange die Markteinführung dauert. Er spricht sich für erneuerbare Energien aus, stellt sich aber die Frage, wie man auf effizientem Wege die Ziele erreichen kann. Er spricht sich dafür aus, Förderungen in erneuerbare Energien vorrangig in die Forschung zu stecken.

Martin Jänicke betont den parteiübergreifenden Konsens, auf dem in Deutschland die Politik zur Nachhaltigkeit ebenso wie die Klimapolitik beruht. Sowohl die Regierung Kohl als auch die Regierung Schröder haben hier – in Rio wie in Johannesburg – international eine Vorreiterrolle eingenommen. In den Konsens war auch die Industrie einbezogen. Der internationale Vergleich zeigt, dass die Nachhaltigkeitspolitik erfolgreich ist, wo sie auf

technische Innovationen setzt. Daraus leiten sich Anknüpfungspunkte für privatwirtschaftliche Akteure ab, die zum Beispiel zunehmend erkennen wie profitabel die „Dematerialisierung“, also das Entkoppeln von Ressourcenverbrauch und Wirtschaft sein kann.

Martin Jänicke sieht in Deutschland eine erhöhte ökologische Sensibilität und Zukunftsorientierung in der Gesellschaft. Ein relevanter Teil der Konsum-Nachfrage privater Haushalte und von Staat und Unternehmen setzt höhere Ansprüche an die Nachhaltigkeit von Produkten am Markt durch. Ein wichtiger Trend sei auch der stärkere Wille aller Beteiligten, die zur Integration von Umweltzielen in die Energie-, Verkehrs-, Chemie- oder Baupolitik.

Die anwachsenden Aktivitäten zum internationalen Benchmarking der Nachhaltigkeit von Finanzinstitutionen sieht er als einen Hinweis auf die Tatsache, dass Umwelt- und Nachhaltigkeitsaspekte verstärkt den Qualitätswettbewerb zwischen entwickelten Industrieländern bestimmen. Zu beobachten ist auch ein Wettbewerb der Staaten um die besten Ideen und regulativen Ansätze für Lead-Märkte für klimafreundliche Technologien wie zum Beispiel erneuerbare Kraftstoffe und energieeffiziente Produkte. Er betont die Notwendigkeit, die regulative Funktion des Marktes zu stärken, weil wirtschaftliche Innovationen langfristig kalkulierbare politische Ziele benötigen.

Meinhard Schulz-Baldes betont, dass eine globale Energiewende für Nachhaltigkeit nötig ist. Der Klimawandel ist wissenschaftlich bestätigt. Der für die nächsten 100 Jahre diagnostizierte Temperaturanstieg um 2 bis 3°C wird massive Auswirkungen auf die Gesellschaft und Wirtschaft haben. Eine Energiewende muss in den nächsten 10 Jahren gemeinsam mit den Entwicklungsländern eingeleitet werden, damit sie überhaupt erreichbar bleibt. Den Entwicklungsländern kommt eine zentrale Rolle zu, selbst wenn dort die Emissionen pro Kopf gering sind. Das Potential der Energieeffizienz als Beitrag zur Energiewende ist groß. Von derzeit 1% / Jahr Effizienzsteigerung in Deutschland müssten die Anstrengungen auf mindestens 1,5% / Jahr ansteigen, um die Energiewende zu schaffen. Die Forderungen des *Wissenschaftlichen Beirates Globale Umweltveränderungen*, WBGU, setzen auf erneuerbare Energien und den Abschied von der Atomenergie bis 2050, weil das eine nicht zukunftsfähige Technologie ist. Die Wissenschaftler fordern die Bekämpfung der Energiearmut in den Entwicklungsländern mittels erneuerbarer Energien und ein Aufstocken der Entwicklungshilfe. Innovative Finanzinstrumente zum Schutz der globalen öffentlichen Güter (sauberes Wasser, Luft) und insbesondere eine Reduzierung der Emissionen im Flugverkehr sind wichtige nächste Schritte.

Die Diskussion betont die Notwendigkeit, mit einem innovativen und ausgewogenen Energie-Mix der die immer noch steigenden Abhängigkeit von Öl und Gas und der Klimaveränderung entgegen zu wirken und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu steigern. Alle drei Aspekte fokussieren im Wesentlichen auf gleich gerichtete Maßnahmen zu erneuerbaren Energien, sauberen fossilen Energien, innovativen Energieträgern sowie zur Anpassung der Netz-Infrastruktur (Jänicke, andere). Die Steigerung der Energieeffizienz und die Einsparung durch innovative Energie-Dienstleistungen sollte explizit als Teil des Energie-Mix gesehen werden (Bachmann).

III - Bietet die Nachhaltigkeitsstrategie ausreichende Anknüpfungspunkte für gesellschaftliche Vorreiter und neue Aktionsformen?

- **Umweltverbände, Gewerkschaften, Genderaspekte** (Gerhard Timm, Holger Bartels, Sabine Hofmeister)

Gerhard Timm berichtet, dass die Umweltverbände die Nachhaltigkeitsstrategie 2002 im Grundsatz sehr begrüßt haben. Allerdings haben sich wesentliche Kritikpunkte bestätigt. Die konkreten Maßnahmen der Strategie reichen trotz der Langfristperspektive der Ziele wenig über das hinaus, was die Regierung bereits macht. Die Endlichkeit von Ressourcen und die von den Umweltverbänden für nötig erachtete Senkung des globalen Ressourcenverbrauchs und die Änderung der konsum-orientierten Lebensstile in der westlichen Welt werden verdrängt. Er bemängelt, dass die Fortsetzung der ökologischen Steuer- und Finanzreform kein Grundbaustein der Nachhaltigkeitsstrategie ist. Gerhard Timm betont, dass die Nachhaltigkeitsstrategie zusätzliche Diskussionsräume zur Nachhaltigkeitspolitik und Beteiligungsräume für gesellschaftliche Gruppen eröffnet. Allerdings muss im Rahmen der Fortschrittsberichte eine ehrlichere und transparentere Analyse dessen erfolgen, was erreicht werden konnte und was nicht.

Holger Bartels bemängelt die aus seiner Sicht zu kurze und zu unkonkrete soziale Dimension der Nachhaltigkeit. Den Grund sieht er beim im Vorfeld der Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie stattgefundenen Dialog. Standpunkten der Gewerkschaften, die die Kompetenz zur sozialen Dimension hätten, wäre zu wenig Raum geschaffen worden. Allerdings räumt er ein, dass die Gewerkschaften im Prozess der Erarbeitung der Strategie zu langsam waren und andere Prioritäten hatten, um die einzelnen Punkte inhaltlich zu belegen.

Holger Bartels sieht die Gefahr einer Reduzierung des gesellschaftlichen Dialogs auf ein von der Regierung bestelltes Gremium, dessen Tun er im Widerspruch mit der parlamentarischen Befassung und einem breiten gesellschaftlichen Dialog sieht. Ferner betont er die Notwendigkeit der Bildung. Als Fazit seiner Überlegungen stellt er die These auf, dass gesellschaftlicher Dialog über die Parteigrenzen hinweg zu besseren Ergebnissen im Sinne der Nachhaltigkeit führt.

Sabine Hofmeister stellt die These vor, dass Geschlechterperspektive die integrativen Strategien der Nachhaltigkeitspolitik verstärkt. Sie erläutert diese These an dem Nachhaltigkeitsziel der Bundesregierung, den Flächenverbrauch von derzeit 100 ha pro Tag auf 30 ha pro Tag im Jahre 2020 zu reduzieren. Dabei handelt es sich um ein quantitatives Ziel, welches mit dem qualitativen Ziel, die Flächennutzung zu verbessern, verbunden ist. Ein nachhaltiges Flächenmanagement kann mit den Strategien des Gendermainstreaming erreicht werden. Aufgrund der Verbindung von Versorgungs- und Erwerbsarbeit haben Frauen andere und vielfältigere Ansprüche an den Raum. Sie bezieht sich auf die Arbeiten des Gender Netzwerkes *Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit*, GENANET, zur Verbindung zwischen den Themen „Umwelt“ und „Frauen“. Sabine Hofmeister kritisiert, dass die Frauen und Geschlechterforschung bei Forschungsprogrammen zu wenig berücksichtigt wird. Als Beispiel führt sie das gegenwärtig laufende *Forschungsprogramm zur Flächeninanspruchnahme*, REFINA, im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie an. Es ist ein mehrjähriges Forschungsprogramm in der Gesamthöhe von €20 Millionen, welches im

Rahmen des *Forschungsprogramms Forschung und Nachhaltigkeit*, FONA, auf den Weg gebracht wurde. Ziel von REFINA ist es, die Entwicklung innovativer Konzepte zur Erreichung des Flächenzieles zu fördern.

Frau Hofmeister befürchtet, dass die konzeptionelle Kompetenz der Geschlechterperspektive nicht umfassend genutzt wird. Fortschritt auf dem Weg in eine nachhaltige Gesellschaft lässt sich nicht an abstrakten Wachstumszielen messen, sondern am Grad der Bedürfnisorientierung, am Vorsorgeniveau und an den Optionen für künftige Generationen, z.B. im Blick auf Zeitwohlstand für Frauen und Männer, auf räumliche und soziale Nähe, kulturelle Vielfalt, auf bedürfnisgerechte Produkt- und Technikentwicklung und -gestaltung mit Berücksichtigung der ökologischen Implikationen.

In der Diskussion fordert Gerhard Timm ein Primat der Ökologie, das nach Auffassung seines Umweltverbandes durch den begrenzten Naturraum vorgegeben ist und für Gesellschaft und Wirtschaft als Rahmen gelten muss. Demgegenüber wird von anderen Diskutanten auf die Gleichrangigkeit der Ökologie, Ökonomie und des Sozialen hingewiesen.

Die Diskutanten sehen Versäumnisse der Gewerkschaften, weil insbesondere die sozialen Nachhaltigkeitsaspekte kaum eingebracht haben. Holger Bartels widerspricht dieser Auffassung. Der Gewerkschaftsdiskurs zu Nachhaltigkeitsthemen hat primär nach innen in die Organisation der Gewerkschaften stattgefunden. Aufgrund der Größe der Organisation müssen Prozesse innerhalb der Institution organisiert und umgesetzt werden.

In der Diskussion wird daran erinnert, dass die Vorarbeiten und Beiträge zur Nachhaltigkeitsstrategie für alle Beteiligten die Erfahrung mit sich gebracht haben, dass die allgemein-abstrakte Diskussion aus den 90er Jahren kaum zu Fortschritten führt. Hilfreich war vielmehr, dass sich der Sinn allgemeiner Überlegungen an den konkreten Beiträgen zur Problemlösung erweisen musste. Es wird kritisch nachgefragt, welche konkreten Beiträge zur sozialen Dimension der Nachhaltigkeit und zur Gender-Perspektive jetzt eingebracht werden (Zahrnt). Für die Gewerkschaften und die Gender-Initiativen wird auf bestehende Papiere hingewiesen (Bartels, Hofmeister). Die Diskussion, ob diese Positionsbestimmungen ausreichen und warum sie keinen stärkeren Impuls für die Nachhaltigkeitsdiskussion darstellen, wird aus Zeitgründen abgebrochen.

- **Bildungspolitik: Welche Impulse gibt die Nachhaltigkeitsstrategie?** (Christiane Averbek)

Frau Averbek berichtet über den Impuls der Nachhaltigkeit in der Bildungspolitik. Es gibt ein *Programm Transfer 21* im Rahmen der *Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung*. Ziel ist es, Lehrmaterialien zur Nachhaltigkeit in den Unterricht an 10% aller Schulen Deutschlands zu integrieren. Sie kritisiert allerdings, dass die Nachhaltigkeitsstrategie und der Fortschrittsbericht 2004 zwar einen Impuls, aber kaum eine inhaltliche Orientierung für die Bildungspolitik geben. So verweisen die Indikatoren lediglich auf die Zahl von Schülern, die die Schulen ohne Abschluss verlassen, auf die Zugangsmöglichkeiten zur Hochschulbildung und die Anzahl von Hochschulabschlüssen.. Das sind zwar richtige Fragen, aber sie gehen an anderen wichtigen Fragen wie der Qualität der Schulausbildung vorbei. Einzig über die Unterstützung der UN-Dekade verspricht sich die

Bundesregierung eine gewichtige Orientierung für das Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung“.

Die Erfahrungen aus dem bereits mehrere Jahre laufenden Programm zeigen die Bedeutung von Lernmethoden, die an den praktischen Erfahrungen der Schülerinnen und Schüler anknüpfen, von Partizipation und selbst organisiertem Lernen sowie der Öffnung von Schule für außerschulische Kooperationspartner. Die außerschulische Bildung in Kindergärten, Vereinen, Betrieben und in den Familien ist sehr wichtig und muss mehr berücksichtigt werden. Die *UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“* fordert alle Verantwortlichen in Bund, Ländern und Gemeinden sowie interessierte Institutionen der Wirtschaft, Einrichtungen von Forschung und Lehre und der Zivilgesellschaft auf, sich zu einer 'Allianz Nachhaltigkeit lernen' zusammenzufinden, um einen gemeinsamen Aktionsplan für die Dekade zu entwickeln und Programme und Koordinationsmechanismen für dessen Umsetzung zu schaffen.

IV - Welchen Stellenwert hat die nationale Nachhaltigkeitsstrategie für die Länder und Kommunen? Nutzt die nationale Nachhaltigkeitsstrategie im Prozess der lokalen Agenda21 oder bleibt sie wirkungslos? (Albrecht Hoffmann, Holger Tschense, Günter Lanz)

Die von Albrecht Hoffmann vertretene *Transferstelle zur Lokale Agenda21* und die *Servicestelle Kommunen in der Einen Welt* haben die Aufgabe, für einen bundesweiten Erfahrungsaustausch und eine Vernetzung der lokalen Aktivitäten zu sorgen. Daneben haben manche Länder eigene Stellen mit ähnlichen Aufgaben.

Laut Hoffmann haben 2.500 von 12.900 Kommunen in Deutschland eine lokale Agenda 21 förmlich beschlossen und sind in Form von Projekten und Runden Tischen aktiv geworden. Allerdings sind die Aktionen nicht mehr politisch so stark wie zu Beginn und nach seiner Beobachtung ist auch die nationale Nachhaltigkeitsstrategie in den Kommunen immer noch weitgehend unbekannt. Er führt das auch darauf zurück, dass die Nachhaltigkeitsstrategie kaum mit den lokalen Agenda-21-Prozessen verbunden ist und kritisiert die mangelnde politische Koordination der Maßnahmen des Bundes mit Blick auf die kommunale Umsetzung. Die Nachhaltigkeitsstrategie bleibt so vielerorts unter ihren Möglichkeiten und ist für viele Aktive vor Ort nicht direkt politisch verwendbar. Den Nutzen für lokale Agenda-Prozesse sieht Albrecht Hoffmann darin, dass sie Argumente und Hinweise auf aktuelle Themen liefert, die vor Ort genutzt werden können.

Holger Tschense sieht den Stand der lokalen Agenda in Deutschland positiv. Als Gegentrend zu dem im Durchschnitt rückläufigen Engagement haben 250 bis 300 Kommunen Aktionspläne mit konkreten Zielen aufgestellt. Es gibt eine erhebliche Anzahl von Bürgermeistern, die mit der lokalen Nachhaltigkeitspolitik eine Vorreiterrolle ihrer Kommune entwickeln. Diese hilft bei den großen Herausforderungen, vor denen deutsche Kommunen im Hinblick auf Finanzhaushalt, Wirtschaft, Einwohnerzahl und Umwelt stehen. Die Folgen des demografischen Wandels werden zunehmend als ein wichtiges Thema für die Zukunft der Stadt und die Kosten der Infrastruktur diskutiert. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie ist

sehr hilfreich in der Entwicklung der kommunalen Partizipation. Allerdings kommt sie sehr spät, und trifft auf eine Zeit mangelnder und geringer werdender kommunaler Finanzmittel. Für Holger Tschense haben aktive Kommunen auch die Chance, ihr know-how zur Nachhaltigkeit zu exportieren. Das wird vor allem im europäischen Vergleich deutlich, wo das Thema Nachhaltigkeit jetzt stärker in Überlegungen zur urbanen Umweltpolitik und zur Entwicklung der europäischen Städte einfließt. Für aktive Städte stellt die Nachhaltigkeitsstrategie einen Motivationsfaktor dar.

Holger Tschense begrüßt die kürzlich neu eingeführte Bundesaktion „Bürger initiieren Nachhaltigkeit“, BIN. Die Aktion ist ein hilfreiches Signal, dass lokales Engagement anerkannt wird. Von ihr sollte ein breiter Motivationsschub ausgehen. Leider ist die Bundesaktion finanziell zu dünn ausgestattet. Dennoch hat es bereits in Leipzig zur Entwicklung von Initiativen den Ansporn gegeben.

Günter Lanz geht auf die Arbeiten der Bundesländer ein, die durch eine *Bund-Länder-Arbeitsgruppe* koordiniert werden. In den Ländern erreicht die nationale Nachhaltigkeitsstrategie derzeit vor allem die Fachkreise, die sich von Berufs wegen damit beschäftigen oder durch ihre ehrenamtliche Tätigkeit damit konfrontiert werden. Ein breites Publikum erreicht sie nicht. In der Fachpolitik werden die Themen der Nachhaltigkeitsstrategie intensiv behandelt. In der Landespolitik wird der Bezug zur Nachhaltigkeitspolitik dann hergestellt, wenn damit eine höhere Akzeptanz für eigene Programme und Politiken erzielt werden kann, oder wenn eigene Strategien als Alternative dargestellt werden können. Weil die Fachprogramme und -projekte der Bundesregierung selbst kaum auf die Strategie hinweisen, wird weder ihr Bekanntheitsgrad erhöht noch die Akzeptanz gesteigert.

Die Diskussion betont die Einordnung der Nachhaltigkeitsstrategie in den föderalen Staatsaufbau Deutschlands. Unterstrichen werden die administrativen Unterschiede und die Unterschiede in der Implementation und den Konsultations- und Beteiligungsformen, wenn entweder eine Strategie der Bundesregierung (was die Nachhaltigkeitsstrategie ist) und eine gemeinsame Strategie aller föderalen Ebenen (was die Nachhaltigkeitsstrategie nicht ist) beschlossen wird. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie enthält in erster Linie Verpflichtungen der Bundesregierung, mit ihren Maßnahmen zur Nachhaltigkeit beizutragen. Sie thematisiert allerdings auch Probleme, die letztlich die Aktivitäten auch der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft und nicht zuletzt der Länder und Kommunen erforderlich macht. Insofern hat die Nachhaltigkeitsstrategie aber keinen verpflichtenden Charakter, sondern versucht mit dem Hinweis auf gemeinsame Probleme und Verpflichtungen zu überzeugen und zu weiteren Aktivitäten anzuregen. (Lanz, Statz, Zahrnt, Bachmann, Tschense, Stappen, Hoffmann).

Günther Bachmann und Günter Dresrüsse bedanken sich bei den Referenten, den Teilnehmern der Konferenz und dem Moderator für die guten Statements und die engagierte und faire Diskussion. Sie geben einen Ausblick auf das Follow up des BRICS+G Projektes und schließen die Veranstaltung.

Teilnehmer an der deutschen Konferenz im Rahmen BRICS+G, 09.06.05

NAME	INSTITUTION
Amelung, Nina	Büro Astrid Klug, MdB
Averbeck, Dr. Christiane	Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung, Transfer 21
Bachmann, Dr. Günther	Geschäftsstelle, Rat für Nachhaltige Entwicklung
Bartels, Holger	Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU)
Becker, Dr. Stefan	EON AG
Behrendt, Dr. Renate	Presse und Informationsamt der Bundesregierung
Birkel, Uwe	
Bischoff, Anke	
Braun, Dorothee	Geschäftsstelle, Rat für Nachhaltige Entwicklung
Dresrüsse, Günther	Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
Fricke, Vera	Humboldt-Universität, Berlin
Gege, Prof. Dr. Maximilian	B.A.U.M. e.V.
Goeke, Berthold	Bundeskanzleramt
Görlach, Benjamin	Ecologic gGmbH
Gunderlach, Rhan	g & h communication, PR-Agentur
Hoffmann, Albrecht	Agenda Transfer Bonn
Hofmeister, Prof. Dr. Sabine	Universität Lüneburg
Jänicke, Prof. Dr. Martin	Frei Universität Berlin, Forschungsstelle für Umweltpolitik
Kittel,	Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
Koll, Claudia	SPD-Bundestagsfraktion
Kraemer, R. Andreas	Ecologic gGmbH
Kromminga, Peter	Bundesinitiative "Unternehmen: Partner der Jugend" (UPJ) e.V. & Unternehmen: Aktiv im Gemeinwesen
Lanz, Günter	Umweltministerium Hessen
Lossack, Harald	Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
Mayer-Scholl, Barbara	Humboldt-Universität, Berlin
Paulini, Dr. Inge	Umweltbundesamt
Pretorius, Pieter	Botschaft Südafrika

NAME	INSTITUTION
Regenhardt, Daniel	Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
Ripperger, S.	Deutsche Welle
Rivera, Manuel	Geschäftsstelle, Rat für Nachhaltige Entwicklung
Rocha Cypriano, Paulo	Botschaft von Brasilien
Siewert, Prof. Dr. Christian	Technische Universität Berlin, Institut für Ökologie
Scherer, Yvonne	Geschäftsstelle, Rat für Nachhaltige Entwicklung
Schipulle, Dr. Hans	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Schulz-Baldes, Prof. Dr. Meinhard	Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen, Generalsekretär
Solms, Jürgen	Geschäftsstelle, Rat für Nachhaltige Entwicklung
Stappen, Ralf Klemens	SP-Group, Strategie- und Nachhaltigkeitsberatung für Kommunen, Unternehmen, Regierungen und Organisationen
Statz, Dr. Albert	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Steinheim, Philipp	Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
Tabat, Dr. Walter	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
Timm, Gerhard	Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschlands, BUND, Bundesgeschäftsführer
Tschense, Holger	Umweltausschuss des Deutschen Städtetag, Rat für Nachhaltige Entwicklung
Westmeier, Dr. Siegfried	SWU - Gesellschaft für Umwelttechnik GmbH
Zahrnt, Dr. Angelika	Rat für Nachhaltige Entwicklung und Vorsitzende des BUND